

sein. Ich vermögen nur ganz harte Tatsachen von dem einmal bestrittenen Wege ein wenig abzubringen. Ob es aber Alois George gelingen wird? Es ist das erst Mal, daß er Poincaré als französischer Ministerpräsident im Kreise der anderen Mächten zu persönlicher Verhandlung vor sich hat. Man wird sehr bald sehen, wer von beiden der Stärkere ist.

Die Retorsionsmaßnahmen Poincarés,

die in den obigen Ausführungen unseres Bessiner Mitarbeiters erwähnt werden, werden in der Antwort der französischen Regierung auf die deutsche Note wegen des Ausgleichsverfahrens folgendermaßen festgelegt:

1. Die Ausgleichskämmer von Paris und Straßburg werden aufgefordert, bis auf weiteres jede Anerkennung deutscher Forderungen aufzuschieben.
2. Die Ausgleichskämmer von Paris und Straßburg werden aufgefordert, bis auf weiteres jede Zahlung von Entschädigungen für Rechnung der deutschen Regierung auszusagen, die in Anwendung des Artikels 297 des Versailler Vertrages geschuldet werden. Die Zahlungen dieser Entschädigungen bleibt bis auf weiteres eine direkte Verpflichtung Deutschlands, und dieselben Entschädigungen können im voraus gemäß dem genannten Absatz des Artikels 297 dem Eigentum der deutschen Staatsangehörigen entnommen werden, das auf französischem Gebiet vorhanden ist oder sich unter französischer Kontrolle befindet.
3. Die Ausgleichskämmer von Paris und Straßburg werden aufgefordert, bis auf weiteres jede Mitteilung an das deutsche Ausgleichsamt über den Erlös aus Liquidationen deutschen Eigentums in Frankreich auszusagen.
4. Der Kontrollkommissar der Republik in Straßburg wird aufgefordert, bis auf weiteres die Ausfuhr des unter das französisch-deutsche Abkommen vom 15. November 1919 fallenden Mobilars auszusagen.
5. In den Departements Moselle, Haut-Rhin und Bas-Rhin werden sofort Maßnahmen zwecks Sicherstellung ergriffen.

Die Beratungen der Reichsregierung über die Retorsionen des französischen Ministerpräsidenten sowie die Folgen, die sich für die allgemeine politische Lage, sowie für die Haltung der Reichsregierung im besonderen daraus ergeben, wurden gestern vormittag in Kesselforesprechungen begonnen. Die zuständigen Ressorts beschäftigten sich insbesondere mit der juristischen Sachlage. Daß die Maßnahmen Frankreichs eine rechtliche Unbilligkeit darstellen, wurde von allen Seiten nachdrücklich hervorgehoben. Als besonders kraße Maßnahme wird die Beschlagnahme des Mobilars deutscher Staatsangehöriger angesehen, denn dieses Mobilar ist seinerzeit von der deutschen Regierung für 25 Millionen Franken gekauft worden, welcher Betrag auch bereits von der deutschen Regierung zu einer Kabinettsitzung zusammengetragen, in der sie wahrscheinlich endgültige Beschlüsse über ihre Haltung fassen wird.

Protest des Großhandels gegen die Retorsionen.

Vom Zentralverband des Deutschen Großhandels wird uns geschrieben: Die in der Presse gebrachte Mitteilung über eine in Berlin der Note der französischen Regierung in Frage kommende stärkere Relaxation der deutschen Ausgleichsschuldner hat in den betroffenen Wirtschaftskreisen die größte Bestürzung hervorgerufen und geradezu alarmierend gewirkt. Der Zentralverband des Deutschen Großhandels hat sich daher veranlaßt gesehen, bei den zuständigen Stellen der Reichsregierung, vor allem bei dem Herrn Reichskanzler, bei dem Reichsfinanzministerium, bei dem Reichsministerium für Wiederaufbau und bei dem Außerordentlichen Amt telegraphisch vorstellig zu werden. In dem Telegramm heißt es:

Der Zentralverband des Deutschen Großhandels erhebt gegen diese Absichten den schärfsten Einspruch und warnt dringend vor jeder Erleichterung der Belastung der Ausgleichsschuldner. Solche Belastung würde, von Rechtsbedenken ganz abgesehen, für den Großhandel wirtschaftlich untraglich sein, bei der herrschenden Geldnot für die Schuldner auch bei ganz geringem Ausmaß katastrophal wirken. Sie müßte den Zusammenbruch

des Deutschen Imports und den Ruin des Deutschen Außenhandels zur Folge haben.

Die Tätigkeit des parlamentarischen Untersuchungsausschusses.

Aus den Kreisen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses wird dem Auer Tageblatt geschrieben: Als der Untersuchungsausschuß von der Nationalversammlung ins Leben gerufen wurde, stand man in Deutschland vor einer völlig neuen Aufgabe. Man hielt sich an das englische Vorbild des Kreuzverhörs, das sich an das englische Recht anknüpfen läßt und nicht gewohnt sind. Dazu kam, daß die Vernehmungen in der Frage der Wilsonschen Friedensvermittlung vorgenommen wurden, ehe die ganze Angelegenheit durch Aktienstudium genügend vorbereitet war. Trotz alledem sind die über diese Frage veröffentlichten stenographischen Berichte, Materialien, Gutachten und Feststellungen von sehr allgemein anerkanntem Wert. Ebenso das Weisbuch, das vom 1. Unterausschuß zur Ergänzung der deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch veröffentlicht worden ist. Der Untersuchungsausschuß des Reichstags sucht die Fehler, die früher gemacht sind, zu vermeiden. Er arbeitet ohne bengalische Befechtung, aber desto intensiver und gründlicher. Der erste Unterausschuß der sich mit der Vorgeschichte des Weltkrieges beschäftigt, hat ein Weisbuch über die militärischen Maßnahmen und Mobilisierungen veröffentlicht, das in der in- und ausländischen Literatur viel zitiert wird. Von dem Grundgedanken ausgehend, daß die Ereignisse der letzten Kriegstage nicht richtig beurteilt werden können, wenn man nicht die ganze politische Lage kennt, hat er Referate über das Verhältnis Deutschlands zu den einzelnen Staaten vorgelesen. Gestattet ist das Gutachten über die Beziehungen zu Frankreich durch Prof. Martin Spahn und ein Teil des Gutachtens über England durch den Sekretär des 1. Unterausschusses Dr. Eugen Fischer, ferner ein Gutachten über Deutschland auf den Haager Konferenzen durch Dr. Hans Wehberg. Alle diese Gutachten werden veröffentlicht werden. Der 2. Unterausschuß hat die päpstliche Friedensaktion unter sucht, die Auskunftspersonen mußten in vertraulicher Sitzung vernommen werden, da es dem internationalen Brauche widersprochen hätte, die beteiligten fremden Mächte in die öffentliche Diskussion zu ziehen. Die Veröffentlichung der Feststellungen des Unterausschusses ist zu erwarten. Der 4. Unterausschuß, der die Gründe des Zusammenbruchs untersucht, wird demnächst folgende Gutachten veröffentlichen: 1.) General v. Kuhl: Die militärischen Grundlagen der Offensiven 1918; 2.) Oberst a. D. Schwerfeger: Die Frage der politisch-militärischen Verantwortlichkeit 1. Teil; 3.) Zwei Gutachten des Prof. Hans Wehberg: Die Offensiv im Jahre 1918 und Ausführungen im Anschluß an das Gutachten Schwerfegers. — Am liebsten zitiert ist der 3. Unterausschuß, der sich mit den Verbrechen der Kriegsverfahren befaßt, da er mit den Kriegsverfahren-Prozessen kollidierten konnte. Er hat sich nunmehr zum Thema gestellt: Kann das Völkerrecht in seiner bisherigen Ausgestaltung als geeignete Unterlage für ein wie auch immer geartetes gerichtliches Verfahren dienen?

Kleine politische Meldungen.

- Reue Fehlbeträge im Reichshaushalt.** Der Monat Juli hat wieder im Reichshaushalt große Fehlbeträge gebracht. Die Einnahmen sind nach dem vorliegenden Abschluß um fast 30 Prozent höher als im Voranschlag auf den Monat entfallen. Dagegen sind aber auch die Ausgaben um fast 55 Prozent über den Voranschlag hinausgegangen. Besonders groß ist das Defizit bei Post und Eisenbahn. Erstere weist für Juli fast 1/2 Milliarde, die Eisenbahn aber 1 1/2 Milliarde Fehlbetrag auf.
- Verkehr geht nach Berlin.** Der bayerische Gelände v. Frey er teilte dem Reichspräsidenten mit, daß der bayerische Ministerpräsident Graf Freytag mit dem bayerischen Minister des Innern Dr. Schwenker und dem bayerischen Justizminister Dr. Götter in München früh in Berlin zwecks Verhandlungen mit der Reichsregierung eintrifft.
- Pommersche Sympathietendgebung für Bayern.** Dem bayerischen Ministerpräsidenten ist eine mit zahlreichen Unterhelfen versehene Kundgebung der pommerschen Kreisleute, die

Schlawe, Lauenburg, Stow und Kummelsburg zugegangen, in der Volk und Regierung von Bayern für die mannhafte Vertretung vaterländischer Interessen gegen Entrechtung und Umsturz gebant und gelagt wird, die Abwehr nicht sich durchaus nicht gegen die Republik, die die Unterzeichner auch fernest in zu schützen bereit seien, sondern der Widerstand nicht sich lediglich gegen den Bolschewismus u. s. w. Das Pommern, dessen Landbevölkerung bekanntlich ein Hort der Reaktion ist, der Ordnungszelle Bayern seine Sympathie ausdrückt, ist kaum verwunderlich. Daß die Unterzeichner aber den Reichsgefehen zum Schutze der Republik und damit der Regierung und dem Reichstag Bolschewismus imputieren — das ist mit einer parlamentarischen Bezeichnung nicht mehr zu charakterisieren.

Die hannoversche Bewegung. Die deutsch-hannoversche Partei (Welfen) hat, wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, dem Reichstag eine Vorlage zugehen lassen, in der die Autonomie für Hannover gefordert wird. Der Reichstag wird sich bald nach seinem Zusammentritt im Herbst mit diesem Antrag der Deutschhannoveraner beschäftigen.

Bersprechungen an die Deutschen in Polen. Der neue polnische Ministerpräsident Dr. Nowak hat eine Abordnung der deutschen Sejmfraktion empfangen, ihr befriedigende Zusicherungen über den Schutz der deutschen Minderheiten Polens gegeben und versprochen, er werde alle seine Kräfte daran setzen, damit den deutschen Bürgern Polens eine wirkliche und vollständige Gleichberechtigung zuteil werde. So wäre außerordentlich zu begrüßen, wenn Polen wirklich einen neuen Kurs aufnähme; angesichts der baldigen Wahlen aber liegt der Verdacht nahe, daß diese Zusicherungen ein Köder sein könnten, um die Deutschen für die Regierung zu gewinnen.

Der internationale Bergarbeiterkongress gegen den Versailler Vertrag. Der internationale Bergarbeiterkongress in Frankfurt a. M. wurde mit einem wirkungsreichen Protest gegen den Versailler Friedensvertrag eingeleitet, der nicht statisch und langsam, sondern in kürzester Frist und in radikaler Weise geändert werden müsse. So erfreulich diese Kundgebung ist, so wenig haben bisher in den Ententeländern die Arbeiterparteien als solche die ganze Wucht ihrer wirtschaftlichen Macht für eine Verankerung dieses Bergarbeiterkongresses vor allem in Frankreich und Belgien nicht.

Englische Kriegsmemoranden. Lloyd George und Asquith schreiben gegenwärtig ihre Kriegsmemoranden. Die diese beiden Herren während des Weltkrieges die Ministerpräsidenten Englands waren, so könnte auf diese Weise die ganze diplomatische Geschichte des Weltkrieges, vom englischen Standpunkt aus gesehen, geschrieben werden. Man darf gespannt sein, ob dies auch mit der nötigen Objektivität geschehen wird, vor allem hinsichtlich der Schuldfrage.

Analphabeten unter den französischen Rekruten. Vom Jahrgang 1921 der französischen Rekruten können 1.93 Proz. weder lesen noch schreiben, 2.84 Proz. nur lesen, des Lesens und Schreibens können sich 36.29 Proz. rühmen. Für eine Nation, die an der Spitze der zivilisierten Welt marschiert, ist der Prozentfuß der Analphabeten reichlich hoch und wie Barbaren und Hunnen haben keine Ursache, sie um ihre Illustation zu beneiden.

Der Stadt und Land.

Kno, 8. August 1922.

Die Sächsische Regierung und die Getreideumlage

Die Nachrichtenstelle in der sächsischen Staatskanzlei teilt uns mit: Zu dieser Frage geht durch die sächsische Presse eine Nachricht, die sich auf eine Auskunft des Wirtschaftsministeriums bezieht. Diese Nachricht enthält Unrichtigkeiten. Die erwähnte Auskunft des Wirtschaftsministeriums hat sich auf folgende Tatsachen beschränkt: Ein Antrag auf Herabsetzung des Preises für das Umlagegetreide ist von der sächsischen Regierung beim Reich bisher nicht gestellt worden. Da der sächsische Regierung bisher keine derartige Anregung vorgelegen hat, so kann auch nicht von einer Ablehnung gesprochen werden. Was die Höhe der Umlage anlangt, so legen aus einzelnen Gegenden des Landes Anträge auf Herabsetzung wegen zu erwartender Teilmisernte vor. Solche Anträge werden nach der Bestimmung in § 2 des neuen Getreidegesetzes behandelt, wonach der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft für Gegenden mit Missernten eine Herabsetzung der Umlage verfügen kann. Sollte sich die Tatsache einer Missernte bestätigen, so würde die entsprechende Herabsetzung zugleich eine Herabsetzung des Landesumlagesatzes zur Folge haben. Es ist also nicht richtig,

Aus eigener Kraft.

Originalroman von G. Adt.

Copyright Breiner & Comp., Berlin.

Aber der Bursche schüttelte mit einem traurigen Nicken den Kopf: „Gott, Herr Leutnant, wo ich nun doch schon über'n Jahr beim Herrn Leutnant bin, da seh' ich doch wohl, daß seit ein paar Tagen was nicht stimmt — aber schon gar nicht mehr! — Ja, die verfluchten Monaten! Aber der draußen bringt's wieder ins Lot. Das wußt' ich auf den ersten Blick.“

„So wohlhabend seht er aus?“ verfuhr der Leutnant zu scherzen.

„Na und ob. Tümmelchen! Wenn das, was an dem Cavalierknäuel funkelt, echtes Gold ist — und ich will selber ein gehobener Cassé sein, wenn's nicht echt wäre, — dann alle Achtung!“

Unwillkürlich lachte der Leutnant auf. In des Burschen Worten war etwas, das an sein Erinnern rührte — irgend eine Bährlichkeit mußte damit verknüpft sein — da — jetzt hatte er's, und blühschnell trat die Szene wieder vor ihn hin — der Mama war's gewesen — Kuno Warjenstedt war auch dabei — und Wenz hatte von einer Bekanntschaft erzählt, die sie gemacht und über deren Schilderung sie vor Wachen fast gestorben waren. „Der goldene Cassé“ — jawohl, so hatte sie, vom Stod auf den Besten übergekreifend, die

sen genannt. Und die Mama hatte etwas von einer Million gesagt — es konnten auch mehrere gewesen sein, und trotz des Wachsens war in ihrer Stimme ein hochachtungsvoller Klang gewesen. — Die gute Mama! — Und was's nun wirklich jener, den sie ihm schickte, — gab's doch vielleicht noch eine Rettung?

Er starrte zur Tür hinüber, durch die — vielleicht doch noch einmal das Leben zu ihm einströmen sollte. Und plötzlich die hochgerückte Gestalt anraffend, gewar er in schnelldem Kommandoton: „Waffen Sie den Herrn näher treten, Bartels.“

Wieder in voller Offenheit, röh der Bursche die Gedanken zusammen und beugte sich, dem Befehl nachzukommen.

Der Leutnant hatte die Gasflamme ein wenig höher geschraubt, gerade nur soviel um die Dämmerrung im Zimmer in matte Hellheit zu wandeln. Ungeahntes Licht war etwas, was er in diesen letzten Tagen melde nicht: entgegen zu können.

Nun tar die Stubenwirtin sich auf und schloß sich wieder. Johst Müllenhof war eingetreten und kam bis zur Zimmermitte vor, wo der junge Offizier stand. Die geistliche Begleitung war eine Stimme, bis Egon von Witzky an der Schwelger, mit einer unwillkürlich drückenden Bewegung zurücktretend, das Wort ergriff: „Bestand ich recht, so kommen Sie von meiner Mutter.“

„Ja.“

Nur das eine Wort, dann hatte Johst Müllenhof

zur Gaststube hinaufgegangen, und das Glückst erstrahlte in vollem, glänzendem Glanze.

„Ich hab's gern hell um mich. Aus dem Grunde möcht' ich Sie auch zunächst über das ausklären, was meinem Befehl bei Ihrer Frau Mutter voranging.“

Ein Juden lieh aber des Leutnants Befehl. Der Tümmel sprang ihm noch einmal mit voller Macht in den Nacken. So wie er sich von dem Proben da sein Sündenregister aufzählen lassen?

„Ja glaube, vollkommen im Bilde zu sein,“ wehrte er kurz ab.

„Ich möcht' doch befehlen, ob Sie um den Brief wissen, den Ihre Mutter heute nachmittags an meinen Vetter schrieb,“ lautete die ruhige Entgegnung.

„An — Ihren Vetter?“ Es klang stönd, fast wie ein heimliches Geschreden über etwas, das er noch nicht begriff.

Johst Müllenhof nickte. „An meinen Vetter, Rudolf Müllenhof, jawohl. Er ist Wetzler einer Dürberel und Wafenschall und hatte mit Ihrer Frau Mutter und Bräulein Schwester vorgestern einen, wie ich annehmen darf, sehr gemächlichen Abend verbracht.“

„Vorgestern — einen sehr gemächlichen Abend mit meiner Mutter und — Schwester.“ — Es klang fast brohend. — „Was wollen Sie damit andeuten?“

„So ungefähre daselbe, was Sie aus meinen Worten folgern, Herr von Witzky.“

(Fortsetzung folgt.)